



Agrarbündnis Bayern



Landesvereinigung für den Ökologischen Landbau in Bayern e.V.

Nürnberg, 12.11.2012
PM-100-12/LFGS
Landwirtschaft
16.11.2012

Pressemitteilung

Agrarreform – EU-Parlamentarier in der Pflicht

Agrarbündnis Bayern fordert Positionierung des EU Parlaments gegen agrarindustrielle Strukturen, für leistungsbezogene Zahlungen und mehr internationale Verantwortung

In den kommenden Monaten wird im EU Parlament eine Abstimmung über die EU Agrarpolitik in den nächsten sieben Jahren von 2014 – 2020 erfolgen. Derzeit laufen die Kompromissverhandlungen in den Ausschüssen des EU Parlaments sowohl zu den künftigen Direktzahlungen, als auch zur Ausgestaltung der ländlichen Entwicklung und der Marktordnungen. Das Agrarbündnis befürchtet, dass die positiven Ansätze von Agrarkommissar Ciolos für eine gerechtere und auf ökologischen Leistungen beruhende Agrarpolitik, die die EU Kommission im September 2011 vorgelegt hat, nicht weiter verbessert sondern eher ausgehebelt werden. Dies ergibt sich aus Verlautbarungen von MdEP Albert Deß und spiegelt sich derzeit auch im Bericht des EU Agrarausschusses.

Im Rahmen eines „EU-Abgeordneten-Checks“ von „Meine Landwirtschaft“ wurden die bayerischen Europa-Abgeordneten aufgefordert, Position zur bevorstehenden EU-Agrarreform zu beziehen, um Transparenz auch für die Wählerinnen und Wähler zu schaffen.

Das Agrarbündnis Bayern setzt sich dafür ein, dass mit den Maßnahmen der EU Agrarpolitik bäuerliche Betriebe statt große Agrarfabriken unterstützt werden. Die EU Zahlungen müssen an ökologische Leistungen gebunden werden. Außerdem muss die EU ihre internationale Verantwortung für die Länder des Südens endlich ernst nehmen.

Eingeladen zum öffentlichen Dialog in Neumarkt waren die regionalen EU-Abgeordnete von allen im EU Parlament vertretenen Parteien aus Bayern, wie u.a. Albert Deß von der CSU, Manuela Hirsch von der FDP, Ismail Ertug von der SPD, Barbara Lochbihler von den Grünen und Thomas Händel von den Linken. Der Einladung folgte allerdings nur Ismail Ertug von der SPD. Der Europa-Abgeordnete erteilte einer weiteren Unterstützung der industriellen Landwirtschaft eine Absage. Damit vertritt er eine ähnliche klare Position wie sie von den Parteien der Grünen und der Linken auf EU Parlamentsebene vertreten wird.

c/o Bund Naturschutz
Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Weiter wie bisher ist keine Option: Wie kann der Wachstumsdruck von den Betrieben genommen werden ?

Das Agrarbündnis Bayern fordert, dass die EU-Zahlungen den Faktor Arbeit (Arbeitskräfte bzw. Arbeitsaufwand) berücksichtigen, damit arbeitsaufwändige Produktions- und Tierhaltungsformen, wie z.B. die standortgerechte Tierhaltung in kleinen Beständen nicht benachteiligt werden und damit der Intensivierungsdruck verringert wird. Die Unterstützung von Agrarkonzernen und Großbetrieben über unbegrenzt anzurechnende Flächenprämien muss gestoppt werden.

Dem Bündnis ist es auch wichtig, dass einseitige Marktkonzentrationen und Preisverfall über neue, erzeugerbasierte Marktregeln, die auf den EU Binnenmarkt ausgerichtet sind, verhindert werden.

Herr **Deß von der CSU** hat auf den EU Abgeordnetencheck von Meine Landwirtschaft leider nicht inhaltlich geantwortet. In der von ihm maßgeblich verfassten und am 23.6.2011 im EU Parlament auch mehrheitlich verabschiedeten Entschließung wird u.a. „erwogen“, eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen nach der Betriebsgröße, bei der die objektiven Kriterien der Beschäftigung berücksichtigt werden, umzusetzen.(siehe Anlage 1).

Leider hat Herr **Deß** diesbezüglich nichts weiter unternommen.

Eine Einführung von Obergrenzen lehnt die **CDU** auf Bundesebene ab, die Schaffung neuer Marktregeln erachtet sie als schwierig.

Die **SPD** befürwortet sowohl die Berücksichtigung des Faktors Arbeit bei der Kappung und Degression der Direktzahlungen, als auch die Schaffung von fairen Markt und Verhandlungsbedingungen für die Erzeuger.

FDP Position orientiert sich rein auf den Markt ohne Berücksichtigung von Größenstrukturen oder Arbeitszeit, während **Grüne und Linke** sich für die Berücksichtigung des Faktors Arbeit aussprechen.

Die Partei der **Grünen** spricht sich auf Bundesebene darüber hinaus für Obergrenzen der Zahlungen ab 100.000 € aus und die Beibehaltung der Milchquote aus.

Neue Begründung für die Direktzahlungen Ökologische Vorrangflächen sind keine Flächenstilllegung !

Die EU-Kommission hatte in ihrer Mitteilung vom November 2010 klar gemacht, dass sie einen Paradigmenwechsel bei der Agrarförderung anstrebt. Dieser besteht darin, dass die Bauern nur noch dann in den Genuss von Zahlungen kommen sollen, wenn sie Leistungen – besonders im ökologischen Bereich – erbringen, die oberhalb der gesetzlichen Auflagen liegen.

Diese beinhalten drei verpflichtende Komponenten, nämlich die Erhaltung von Wiesen und Weiden (Grünlandumbruchverbot) am jeweiligen Betrieb, die Einschränkung von Monokulturanbau durch einen verbindlichen Fruchtartenwechsel auf dem Acker und die Pflicht, 7 % der Acker-

fläche als ökologische Vorrangfläche zu bewirtschaften. Allein Gesetze einzuhalten wird nicht länger als Subventionierungstatbestand anerkannt.

Das Agrarbündnis hält diese Umorientierung für überfällig, und weist darauf hin, dass es sich bei den ökologischen Vorrangflächen nicht um eine Flächenstilllegung handelt, wie es der Bauernverband und ihm nahestehende Kreise immer wieder behaupten, sondern um eine Nutzung mit dem Ziel, die Biodiversität zu fördern. Hunger wird nach Auffassung des Agrarbündnis Bayern durch die Exportorientierung der EU und Lebensmittellieferung eher verstärkt als bekämpft. Deswegen ist das Hungerargument gegen Ökologische Vorrangflächen nach Auffassung des Agrarbündnis Bayern nichts weiter als billige Polemik, um an den veralteten Förderungsbedingungen festzuhalten.

Der **CSU Abgeordnete Alfred Deß** hält die Begrüfungsvorschläge der EU Kommission für unverantwortlich und begründet dies u.a. mit der weltweit steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln (Anlage 2). Die **CDU** möchte auch den Grünlandschutz nur gegen Vergütung und setzt sich für keine verbesserte Fruchtfolgeregelung ein.

Die **SPD** begrüßt ökologischen Vorrangflächen mit extensiver Nutzung und das Umbruchverbot für Grünland, während die **FDP** der Auffassung ist, dass keine weiteren Flächen für die ökologische Bewirtschaftung bereit gestellt werden müssten.

Grüne und Linke positionieren sich klar für den Vorschlag der EU Kommission, verbindliche Standards für ökologische Vorrangflächen und Grünlandschutz festzulegen. Die **Grünen** fordern auch, den Leguminosenanbau als ein Fruchtfolgeglied verbindlich festzulegen.

Internationale Verantwortung der EU Agrarpolitik ernst nehmen - Es muss mehr passieren als bisher angedacht wurde

Negative Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf Bauern und Bäuerinnen in den Ländern des Südens spielen im Kommissionsentwurf keine Rolle. Von verschiedenen Ausschüssen gab es Änderungsanträge um diese Thematik einzubeziehen.

Daher wurden die Abgeordneten gebeten, zu folgenden Forderungen Stellung zu beziehen:

- einen regelmäßigen Bericht über die Auswirkungen der GAP auf die weltweite Ernährungssicherheit vorzulegen, um darauf aufbauend Abhilfemaßnahmen einleiten zu können,
- den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen im Rahmen einer Eiweißfutterstrategie zu forcieren, um die Abhängigkeit der EU von Importsoja zu reduzieren, sowie
- die Exportsubventionen und Maßnahmen mit ähnlicher Wirkung abzuschaffen, damit EU-Exporte nicht länger die lokalen Märkte in den Ländern des Südens zerstören.

Die EU hat die Exportsubventionen in den letzten Jahren zwar erheblich reduziert, will am Instrument der Ausfuhrerstattungen jedoch entgegen anderslautender Ankündigungen festhalten.

Die bayerischen Abgeordneten haben zu diesen Punkten ganz unterschiedlich Stellung genommen:

Herr Deß und Frau Weisgerber (CSU) gaben keine Antworten auf diese Fragen. Herr **Kreissl-Dörfler (SPD)** unterstützte die Forderungen ohne Einschränkung. **Frau Hirsch (FDP)** sprach sich gegen verpflichtenden Leguminosenanbau aus.

Von Vertretern der **Linken und der Grünen** gab es keine Antworten aus Bayern, auf Bundesebene jedoch die volle Unterstützung unserer Forderungen.

Zusätzlich zu den genannten Punkten ist uns wichtig, dass die internationale Verantwortung und das Menschenrecht auf Nahrung zentrale Kriterien der GAP werden. Sie sollten als handlungsleitendes Prinzip in die Präambel und ein eigenes Kapitel der GAP aufgenommen werden.

Weitere Infos:

<http://www.meine-landwirtschaft.de/aktionen/eu-abgeordneten-check.html>

<http://www.bund-naturschutz.de/fakten/landwirtschaft/agrarwende.html>

<http://bdm-verband.org/html>

<http://www.abl-bayern.info>

<http://www.misereor.de/ueber-uns/auftrag-struktur/arbeitsstelle-bayern.html>

<http://www.mission-einewelt.de>

<http://www.fian.de/online>

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN, 0911- 81878 20 oder am 16.11. mobil: 0173 44 66 55 3

Josef Schmid, AbL: 08742 8039

Fritz Wienert, BdM:0171 88 30 405

Eva-Maria Heerde-Hinojosa, Misereor: 089 598279

Anlage 1:

Auszug aus der Entschließung des EU Parlaments vom 23.6.2011:

(P7_TA(2011)0297

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0202+0+DOC+XML+V0//DE>

Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen. Dort der Unterpunkt 25:

ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

25. stellt fest, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union historisch bedingt eine sehr vielfältige Struktur hinsichtlich Betriebsgröße, Arbeitsverfassung, Arbeitsproduktivität und Rechtsform aufweisen; erinnert daran, dass Direktzahlungen auf eine Weise verteilt werden, die dazu führt, dass ihre Legitimität in Zweifel gezogen wird; nimmt den Vorschlag der Kommission, eine Obergrenze für Direktzahlungen einzuführen, zur Kenntnis und begrüßt diese Bemühung, das Problem der Legitimität der GAP und ihrer Akzeptanz in der Öffentlichkeit auf diese Weise anzugehen; fordert die Kommission auf, die Einführung ähnlicher Mechanismen, die ebenfalls hierzu beitragen würden, zu erwägen, etwa eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen nach der Betriebsgröße, bei der die objektiven Kriterien der Beschäftigung und der Anwendung nachhaltiger Verfahren berücksichtigt werden;

Anlage 2:

<http://albert-dess.de/hp2190/Bauern-muessen-Flaechen-bewirtschaften-nicht-stilllegen.htm>

Anlässlich der Parlamentsverhandlungen zur EU-Agrarreform bekräftigt Albert Deß seine Kritik an den "grünen" Vorschlägen von Agrarkommissar Ciolos. "Das Begrünungsvorhaben der Kommission ist unverantwortlich und bei der weltweit steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln unverständlich", erklärt Albert Deß, agrarpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion.

"Es ist nicht nachvollziehbar, dass Millionen von sehr unterschiedlichen Betrieben in der Europäischen Union gleiche "grüne" Anforderungen erfüllen müssen. Die Kommission muss die großen regionalen Unterschiede in Europa beachten", fordert der Agrarpolitiker Deß.

Albert Deß will sich für praktikable Vorschläge einsetzen, die einfach und effizient sind und keine zusätzliche bürokratische Belastung für Landwirte bringen: "In Deutschland erfüllen die Landwirte bereits hohe Auflagen in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz. Diese sind seit langem die Voraussetzung dafür, dass man die landwirtschaftlichen Ausgleichszahlungen erhält."

"Bauern wollen ihre wertvollen Böden bewirtschaften und nicht stilllegen. Sie wollen produzieren und für die Menschen in Europa und darüber hinaus eine sichere Lebensmittelversorgung gewährleisten", so Deß abschließend.